

---

# Bericht

---

## Gewerkschaften, Wirtschaftsdemokratie und Tarifpolitik in Italien

Am 22. und 23. Mai 1980 fand in Rom in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und seinem Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) ein Seminar des IRES, des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der CGIL, der der Kommunistischen Partei Italiens nahestehenden Gewerkschaftsrichtung, statt. Thema der Veranstaltung waren Probleme der Wirtschaftsdemokratie, Beteiligung der abhängig Beschäftigten an der Kontrolle und Leitung der Unternehmen sowie die Reform der Aktiengesellschaft in Italien und Westeuropa. Vertreter des EGB selbst, des EGI und fast aller Gewerkschaftsbünde im EGB berichteten über Erfahrungen und Tendenzen in ihren Ländern.

Im Mittelpunkt des Seminars stand ein Grundsatzreferat von *Bruno Trentin*, Mitglied des Bundesvorstandes der CGIL, über die Vorstellungen seiner Gewerkschaft zur Unternehmenspolitik. Die Diskussion wurde dementsprechend vor allen von Gewerkschaftern der drei großen Gewerkschaftsrichtungen (CGIL, CISL und UIL), von Vertretern der kommunistischen und sozialistischen Parteien Italiens sowie von Wissenschaftlern geführt, die den Gewerkschaften nahestehen. Einige Europa-Parlamentarier aus Frankreich und Italien beteiligten sich vor allem an den europäischen Aspekten des Themas, insbesondere der sogenannten fünften Direktive der EG-Kommission zur Einflußnahme der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene.

Die Diskussion, die sich durch die Beteiligung hochrangiger Vertreter wie *G. Amato, M. Brandini, M. Didi, P. Ingrao, L. Lama* und anderen auszeichnete, war von bemerkenswerter Tiefe und Problemorientierung. Ausgangspunkt des Seminars war zwar die von Trentin vorgetragene Forderung der CGIL, die Unternehmen sollten einen „Unternehmensplan“, der die für Beschäftigte und ihre Gewerkschaften wesentlichen Angaben über Investitionen, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Standortfragen usw. enthält, veröffentlichen und mit den Gewerkschaften diskutieren. Diese könnten sich dann aufgrund solcher Informationsrechte eine eigene Meinung bilden und die ihrer Ansicht nach notwendigen Konsequenzen in Kollektivverhandlungen mit den Unternehmen in die allgemeine Tarifvertragspolitik oder in Forderungen an die politischen oder staatlichen Instanzen einzubringen versuchen.

Ohne daß sich dem ausländischen Beobachter - zumal bei den leidigen Übersetzungsproblemen - alle Nuancen der Meinungen in den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, die sich bekanntlich in Italien zu einer Spitzenorganisation zusammengefunden haben, sofort erschließen können, so gab es doch noch einige bemerkenswerte Grundzüge der Diskussion.

1. Von allen Rednern wurde durchgängig die *Bedeutung der italienischen eigenen Erfahrungen* für die Weiterentwicklung der industriellen Beziehungen hervorgehoben. Diese Erfahrungen haben zum Zusammenschluß der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und damit zu einer wenigstens in Ansätzen *einheitlichen Gewerkschaftsstruktur* geführt. Wegen dieser Einheitlichkeit kann und soll es nur einen geschlossenen gewerkschaftlichen Verhandlungspartner geben, der die Interessen der Arbeitnehmer auf allen Ebenen gegenüber Staat und Unternehmen repräsentiert. Diese Einheitlichkeit der Interessenvertretung als Vorausset-

zung für jede Art kraftvoller Gewerkschaftspolitik wurde immer wieder fast beschwörend in die Debatte geworfen.

2. *Der Einfluß der Gewerkschaften auf Staat, Parteien und Unternehmen* wurde im Zusammenhang gesehen: Die Gewerkschaftsführer verstehen sich politisch aber nicht als Parteiersatz. Sie haben die Gesamtheit der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Blick, aber sie wollen Staat und Parteien nicht aus ihren Pflichten, insbesondere der Vollbeschäftigungspolitik, entlassen. Die Gewerkschafter hoben immer wieder hervor, daß mehr Planung, ja überhaupt Planung auf Unternehmensebene, auch Planung im öffentlichen Bereich bedinge. Die Unternehmen müssen wissen, was der Staat vorhat, aber der Staat muß auch wissen, was die Unternehmen wollen. Die gilt nicht nur auf der nationalen Ebene, es hat besonders für die Regionen Bedeutung. Die Gewerkschaften glauben, daß sie als treibende Kraft besonders die Interessen der Arbeitenden in diesen Gesamtprozeß einbringen müssen. Es ist interessant, daß ein Mitglied des KPI-Direktoriums die Gewerkschaften darauf hinwies, daß es ihre Aufgabe sei, für die Arbeitnehmer mit gewerkschaftlichen Mitteln gewerkschaftliche Ziele zu verfolgen. Sie könnten jedoch keinen Gesamtanspruch anmelden und müßten sich ihrer partiellen Aufgabe bewußt sein. *Lama*, der Vorsitzende der CGIL, unterstrich in abwägenden Formulierungen die Probleme seiner Organisation. Wenn nicht Lösungen für die schwierige italienische Lage gefunden würden, müßte die zur Zeit „flexible Opposition“ der Gewerkschaften notwendig wieder rigider werden.

3. Das Thema *Macht und Verantwortung der Gewerkschaften* wurde immer wieder thematisiert: In dem Maße, wie die Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen politische Faktoren einbrächten, wie Investitions- und Standortfragen, Fragen der Gesundheit, der Arbeitsbedingungen und der Qualifikation, müßten sie für diese Politik auch Verantwortung übernehmen und sie mittragen. Es scheint, daß die Gewerkschaften dazu bereit sind, *wenn* sie einen echten Einfluß ausüben können (wenn z. B. die Gewerkschaften über einen Unternehmensplan mit den Unternehmen verhandeln und kollektivertraglich die Arbeitnehmerinteressen in der Unternehmenspolitik absichern können).

4. Erstaunlich oft - vielleicht vor dem Flintergrad früherer „Überideologisierung“? - wurde hervorgehoben, daß die gewerkschaftliche Politik nicht auf *Ideologien* aufgebaut werden könnte. Sie müsse von den *gegenwärtigen Bedingungen* ausgehen und auf die drängenden Bedürfnisse der Mitglieder gerichtet sein. Es gebe kein geschlossenes Modell: verschiedene Probleme erforderten auch unterschiedliche Lösungsansätze. Voraussetzung sei aber die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung und das Eintreten für die Lösung von Problemen durch offene Austragung von Konflikten. Nur so könnte man in einer Demokratie eine allmähliche Änderung der Gesellschaft durchsetzen. Das Problem der Länder des realen Sozialismus liege darin, daß sie keine institutionalisierte Alternative hätten, wodurch sich auch die Arbeitnehmerinteressen nicht entfalten könnten und explosive Situationen entstehen könnten, so der Präsident des Forschungsinstitutes der CGIL, *Amato*. Gewerkschaftliche Politik müsse offen sein, solle auch Experimente wagen, sagte *Lama*.

6. Zur *Einflußnahme im Unternehmen* wurde von Trentin hervorgehoben, daß der „Unternehmensplan“ weder die Unternehmen selbst binden sollte noch als Schritt zur staatlichen Zwangswirtschaft beabsichtigt sei. Die Gewerkschaften müßten sich ihre Schlußfolgerungen aus den Informationen selbst vorbehalten. Dabei gebe es für eine effektive Interessenvertretung noch viele Defizite zu überwinden: Viele Informationen würden von den betrieblichen Ausschüssen nicht richtig verstanden oder innerhalb der Gewerkschaftsorganisation nicht weitergegeben. Für die Gewerkschafter im Betrieb sei es oft schwierig, eigene Vorschläge zu entwickeln, zumal in Italien eine regionale Gewerkschaftsorganisation kaum bestehe. Eine

solche Änderung der Organisationsstruktur sei jedoch erforderlich, um den Kollegen in den Betrieben zu helfen und um die Auswirkungen der Unternehmenspolitik auf die regionalen Lebensbedingungen zu erfassen, etwa in bezug auf die Ausbildung Jugendlicher oder die Gesundheit der Arbeitnehmer. Ein diesbezügliches Informationssystem fehle noch. Schließlich sei die Struktur der Tarifverträge oft nicht mit den Informationen der Unternehmen vergleichbar zu machen, so daß eine Umsetzung oder ein Einfügen der Informationen in gewerkschaftliche Politik schwierig sei. Gleiches gelte für die Zusammenfassung aller Informationen und ihre Nutzung für Planüberlegungen auf nationaler Ebene. Insgesamt gelte für alle gewerkschaftlichen Ansätze, daß sie mit den Mitgliedern entwickelt werden müßten. Das Problem der „Entfremdung“ wurde in diesem Zusammenhang immer wieder angesprochen.

7. Eine *Mitbestimmung im Unternehmen nach deutschem Muster* wurde überwiegend abgelehnt. Interessengegensätze müßten öffentlich ausgetragen werden können, und Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat seien wie Generale ohne Truppen. Allerdings war die Ablehnung nicht wie früher vorbehaltlos. Man solle, so *Brandini*, Begriffe wie Mitbestimmung und Tarifpolitik nicht „mystifizieren“. Wenn man die konkreten Abläufe betrachte, dann würden einfache Schemata wie Mitbestimmung = Kooperation und Tarifpolitik = Konflikt nicht weiterhelfen. Selbst der schwerste Streik müßte schließlich mit einem Abkommen enden.

Die Darstellung der deutschen Probleme wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt; die inhaltliche Ähnlichkeit der Probleme und die Fruchtbarkeit des Meinungs austauschs mehrfach hervorgehoben. Viele Einschätzungen der deutschen Mitbestimmung beruhen auf unzulänglichen Informationen, was sicherlich den Italienern allein nicht angelastet werden kann.

Ein Fazit kann bei der Vielschichtigkeit der Diskussion nicht gezogen werden. Die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzungen, die Fähigkeit, programmatische Ziele auf die als dramatisch empfundene italienische Wirtschaftslage zu beziehen, machen ebenso die Schwierigkeiten wie aber auch die geistige Lebendigkeit der italienischen Arbeiterbewegung deutlich, die jenseits traditioneller Links-Rechts-Klischees zu neuen Ufern strebt. Von der EG erhofft man sich keine fertigen Modelle, man wünscht sie auch nicht, wohl aber einen Mindestkonsens über gewerkschaftliche Rechte und innerhalb der Gewerkschaften in Europa eine bessere Abstimmung über einige Grundprinzipien der Tarifpolitik.

*Dr. Gerhard Leminsky*